

## Die Wirtschaftskrise meistern – aber wie?

Christian Felber, Wien

Dieser Beitrag analysiert zunächst kurz die Entstehung bzw. die „Produktion“ der Krise durch die Regierungen und ihre Antworten darauf; danach werden etwas ausführlicher verschiedene Wege aus der Krise aufgezeigt: die „Regulierung“ der Finanzmärkte, die Einrichtung „Demokratischer Banken“, die Begrenzung der Ungleichheit durch „negative Rückkoppelungsmechanismen“, ein neues Wirtschaftsmodell jenseits von Kapitalismus und Kommunismus sowie 10 Schritte, die jede und jeder Einzelne tun kann, um die Krise gemeinsam zu überwinden.<sup>1</sup>

### 1. Neoliberale Krisenproduktion

Vordergründig ist die neoliberale Umregulierung der Finanzmärkte durch die westlichen Regierungen in den letzten 30 Jahren hauptverantwortlich für die Krise. Seit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-System 1973, den beiden Erdölschocks in den 1970er Jahren und dem Amtsantritt von Ronald Reagan in den USA und Margaret Thatcher in Großbritannien betrieben fast alle Regierungen der Welt eine Politik der Liberalisierung, Privatisierung und „Deregulierung“ (genauer: Umregulierung). Der auch in der Wissenschaft verbreitete Glaube an die Effizienz „freier“ und unregulierter Märkte begünstigte diese Politik, aber hinter dieser Ideologie stehen handfeste Interessen, die mit fortdauernder Liberalisierung und der damit einhergehenden Umverteilung von der Allgemeinheit hin zu den gesellschaftlichen Eliten noch stärker wurden. Was waren die wichtigsten Meilensteine der neoliberalen Krisenproduktionspolitik?

- 1973 wurden mit dem Zusammenbruch des Fixwechselkursystems von Bretton Woods die Wechselkurse frei gegeben.
- Danach wurde der Kapitalverkehr systematisch liberalisiert. Seit 1994 ist der Kapitalverkehr zwischen der EU und allen Staaten der Welt vollkommen frei (im Unterschied zum Personenverkehr).<sup>2</sup>
- Banken wandelten sich von vorrangig lokal orientierten und nicht gewinnorientierten Dienstleistern am Gemeinwohl zu gewinnorientierten

1 Die nicht näher mit Quellenangaben versehenen Daten und Fakten stammen alle aus Felber, Christian, *Neue Werte für die Wirtschaft. Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus*, Wien 2008; Felber, Christian, *Kooperation statt Konkurrenz. 10 Schritte aus der Krise*, Wien 2009.

2 Ergänzung zum Vertrag von Maastricht.

Aktiengesellschaften, die auf dem EU-Binnen- und dem WTO-Weltmarkt zu „systemrelevanten“ Kolossen ausgewachsen sind.

- Die Gewinnerorientierung hat bei den Banken eine Innovationswut entfacht, die zu den brandgefährlichen „Finanzderivaten“ geführt hat.
- Als neue Akteure haben Fonds die Finanzmarktlandschaft betreten. Sie werben Geld von den konservativen Sparbüchern und -konten ab, investieren riskant und spekulativ und üben immer mehr Macht aus („Shareholdervalue“).
- Parallel zu diesen Entwicklungen sind die Einkommen in der Finanzbranche explodiert. Der bestbezahlte Hedge-Fonds-Manager erzielte 2007 ein Jahreseinkommen von 3,7 Milliarden US-Dollar: das 360.000-fache des gesetzlichen Mindestlohnes in den USA.<sup>3</sup> 2008 und 2009 ging die Orgie fast unvermindert weiter.
- Die Finanzbranche hat Milliarden US-Dollar darauf verwendet, Gesetze in ihrem Interesse durchzusetzen, Regulierungen, die ihren Interessen zuwiderlaufen, zu verhindern und umgekehrt Gesetze auf Schiene zu bringen, welche ihnen nützen (daher Umregulierung und nicht einfach Deregulierung). Die Finanzinstitute der Wall Street investierten allein in den letzten zehn Jahren mehr als fünf Milliarden US-Dollar in Lobbyisten.<sup>4</sup>

In den letzten Punkten klingt bereits an, dass ein unheilvoller Teufelskreis aus immer mehr Geld, einer immer ungleicheren Verteilung desselben, eine immer gierigere Renditesuche der Verwalter und Eigentümer dieser Finanzvermögen und die politische Einflussnahme derselben Eigentümer und Verwalter, um die Erzielung immer höherer Renditen zu ermöglichen, den Kern der Krisendynamik bilden.

Dazu eine Zahl: Das globale Finanzvermögen ist im Jahr 2007 auf das 3,5-fache der realen Weltwirtschaftsleistung angewachsen.<sup>5</sup> Dieses Vermögen wird zu rund zwei Drittel professionell verwaltet (Fonds aller Art) und übt einen wachsenden und immer gnadenloseren Renditedruck auf die reale Wirtschaft aus. Ein kleines Rechenbeispiel: Will das globale Finanzvermögen mit einer „bescheidenen“ Rendite von vier Prozent vermehrt werden, müsste die reale Wirtschaft dafür um 14 Prozent wachsen.

3 Eigene Berechnungen auf Basis von: Traider Monthly April/Mai 2007; FAZ, 17. April 2008; und Alpha Magazine, April 2009.

4 Weissmann, Robert/Donahue, James u.a., Sold Out. How Wall Street and Washington Betrayed America (Essential Information & Consumer Education Foundation), Washington/Studio City 2009, 15 ([http://www.wallstreetwatch.org/reports/sold\\_out.pdf](http://www.wallstreetwatch.org/reports/sold_out.pdf) [2.11.2009]).

5 Farrell, Diana/Fölster, Christian S./Lund, Susan, Long-term trends in the global capital markets, in: The McKinsey Quarterly, Economic Studies, Februar 2008, 3; McKinsey, Mapping Global capital markets. Fifth Annual Report, Oktober 2008.

Ein solches Wachstum wurde noch nie erzielt, das Wachstum der Weltwirtschaft beträgt selten mehr als fünf Prozent. Um dennoch solche Renditen zu erzielen, kann das Finanzvermögen nur auf zwei Auswege hoffen: Spekulation oder Enteignung der ohnmächtigen Massen. Spekulation – als Folge von Deregulierung – führt zur Krise. Und Enteignung der Schwächeren führt über kurz oder lang zum Bürgerkrieg. Die logische und sinnvolle Konsequenz wäre deshalb, die Hoffnung auf „Finanzrenditen“ aufzugeben. Der Anspruch auf Einkommen sollte grundsätzlich nur auf persönlicher Leistung beruhen, sprich Arbeit. Das Besitzen von Geld stellt keine Leistung dar und schon gar nicht das „Arbeiten-Lassen“ von Geld, was genau umgekehrt bedeutet, dass andere arbeiten müssen, damit das Geld mehr werden kann, und diese müssen derzeit für die bezahlen, die nicht arbeiten: verdrehte Welt, die sich auch noch als „Leistungsgesellschaft“ etikettiert.

## 2. *Wie reagieren die Regierungen?*

Die Regierungen haben mit unterschiedlichsten Maßnahmen auf die Krise reagiert. An erster Stelle waren die „Liquiditätsspritzen“ der Notenbanken, die den Geschäftsbanken für ihre kurzfristige Refinanzierung Geld in rauen Mengen zur Verfügung stellten. Dadurch konnte der sofortige Bankrott zahlloser Banken verhindert werden, die sich für die Bedienung ihrer langfristigen Verbindlichkeiten nicht mehr untereinander kurzfristig verschulden konnten. Die Zentralbanken sprangen als Kreditgeber der letzten Instanz erfolgreich ein. Allerdings brachten sie damit den Kreditfluss nicht wieder in Gang, weil die Banken mit dem vielen Geld lediglich ihre Verbindlichkeiten bedienten und Überschüsse tendenziell bei den Zentralbanken horteten. Die EZB verzeichnet Anfang 2009 Rekorde bei den Einlagen der Geschäftsbanken. Um dieses Geld wieder zu „vertreiben“, senkte die EZB den Zinssatz von zwei auf ein Prozent. Die schwedische Zentralbank setzte den Zins für Einlagen sogar ins Negative: Banken, die sich bei der Zentralbank verschulden, kriegen dafür noch etwas gezahlt. (Hier stellt sich die Frage, ob das nicht auch für Unternehmen und Haushalte gelten sollte ...)

Der zweite Schritt der Regierungen war die Garantie der Spareinlagen, um einen „Run“ auf die Banken zu verhindern. Auch das war richtig, denn ein Bankensturm hätte das gesamte Banken- und Geldsystem zusammenbrechen lassen. Womöglich wäre dann kein Geld mehr aus den Bankomaten gekommen. Gerüchten zufolge standen wir auch in Österreich im Oktober 2008 unmittelbar vor einer solchen Situation, die durch die zwar ökonomisch ziemlich unrealistische, aber psychologisch wirksame Garantie des Staates für Spargelder abgewendet werden konnte.

Der dritte Schritt der Zentralbanken ist die Absenkung der Zinsen. Auch das ist grundsätzlich zu begrüßen, weil dann die Wahrscheinlichkeit, dass Unternehmen und KonsumentInnen Kredite aufnehmen, um zu investieren oder zu konsumieren, steigt. Allerdings nur, wenn die niedrigeren Zinsen von den Geschäftsbanken an Unternehmen und VerbraucherInnen weitergegeben werden, und dort kommen sie bis heute nicht wirklich an, weshalb von einer „Kreditklemme“ gesprochen wird. Die Banken verweigern zwar in vielen Fällen nicht den Kredit, aber sie halten ihn teuer und unzugänglich, indem sie mehr Sicherheiten fordern. Insofern bleibt auch das zweite Mittel der Zentralbanken zur Wiederankurbelung des Kreditflusses weitgehend wirkungslos.

Das vierte Mittel ist, dass die Zentralbanken direkt Kredite verleihen, Unternehmensanleihen kaufen und für Unternehmenskredite haften. Sie steigen immer umfassender in die Geschäfte der Geschäftsbanken ein. Hier stellt sich die Frage: Wenn Zentralbanken Kredite geben und Geschäftsbanken nicht, wenn die Zentralbanken negative Zinsen geben und Geschäftsbanken geizen, wenn der Staat die Einlagen garantieren kann und Geschäftsbanken nicht, wenn Zentralbanken Unternehmens-, Banken- und sogar Staatsanleihen aufkaufen, weil die Märkte das nicht mehr in ausreichendem Maße tun, warum dann nicht gleich das Geld- und Bankensystem öffentlich organisieren?

Damit sind wir bei der fünften, prominentesten und gleichzeitig peinlichsten Maßnahme der Regierungen: der Bankenrettung. Denn die leichtsinnig und gierig spekulierenden Banken werden gerettet, a) ohne dass sie ihr Geschäftsmodell auch nur im geringsten ändern müssten; sie müssen nicht einmal ihre Filialen in Steueroasen schließen; b) ohne dass der Staat für das Kapital, das er zur Verfügung stellt, ein Mitspracherecht erhält; bei der zweiten Tranche der Bankenrettungen ist immerhin ein Wandlungsrecht enthalten, also die Möglichkeit, dass das Staatsgeld nach zwei Jahren in stimmberechtigte Aktien umgewandelt wird; und c) ohne dass die Gehälter begrenzt oder Gewinnausschüttungen für die Dauer der Staatsrettung ausgesetzt werden; auch während der Staatsrettung dürfen bis zu 30 Prozent des Gewinns an die Aktionäre ausgeschüttet werden, für Gehälter und Boni gibt es in Österreich keine gesetzliche Grenze.

Das Hauptproblem und -dilemma: Überleben die Banken nicht, bleibt der Staat auf den Schulden sitzen. Überleben sie, haben sie nicht den geringsten Anreiz, weniger riskant zu agieren, im Gegenteil, sie können noch selbstbewusster Risiken eingehen, weil sie im Falle des Falles nun fast schon per Gewohnheitsrecht auf die erneute Hilfe von Papa Staat rechnen können.

Dieser hat den größten Fehler schon in der Vergangenheit gemacht: indem er „systemrelevante“ Institute überhaupt entstehen ließ. Systemrelevant sind Banken, die so groß und vernetzt sind, dass sie nicht in Bankrott geschickt werden dürfen, weil sie sonst das gesamte Finanzsystem mit in den Abgrund reißen würden. Das ist ein schlimmer und unverzeihlicher Fehler. Doch dieser Fehler war kurioser Weise das Ziel. Die EU-Staaten haben die „systemrelevanten“

Banken in voller Absicht hochgezüchtet, damit diese global wettbewerbsfähig würden und es mit den Finanzkolossen aus den USA und Asien aufnehmen und diese fressen können und nicht umgekehrt von ihnen gefressen würden. Wettbewerbsfähigkeit und Systemrelevanz sind Synonyme, hier kommt das wettbewerbsrechtliche Dilemma der Globalisierung zutage: Wer auf dem Weltmarkt mithalten will, muss auf regionalen oder nationalen Märkten Monopolist oder zumindest Marktbeherrscher sein. Gleichzeitig ist die politische Macht dieser Kolosse so groß geworden, dass sie nicht mehr oder nur mehr kosmetisch zu regulieren sind. Vielmehr regulieren sie ihre Regulierer, indem sie sich die Gesetze selbst schreiben, inklusive der Bankenrettung. Die Regierung und das Parlament dürfen nur noch unterschreiben. Das darf es in Zukunft nicht mehr geben. Die Liberalisierung des Finanzdienstleistungsmarktes war ein Fehler.

### 3. Die Demokratische Bank

Aus mehreren Gründen empfiehlt sich der Aufbau von Demokratischen Banken:

- Das gewinnorientierte Bankenmodell hat total versagt.
- Derzeit übernehmen die staatlichen Zentralbanken fast alle Geschäftsbankenfunktionen.
- Mangelnde demokratische Kontrolle war eine wichtige Ursache der Krise.
- Geld und Kredit zählen zur Grundinfrastruktur der Wirtschaft und sollten als öffentliches Gut definiert und unter demokratische Kontrolle gebracht werden.

Die „Demokratische Bank“ wäre im Eigentum des Souveräns. Ihre Ziele und Aufgaben sollten in der Verfassung festgeschrieben werden, damit sie nicht von einer Regierung mit einfacher Mehrheit geändert werden können:

1. Kostengünstige und unbürokratische Kreditvergabe an „real“ investierende Unternehmen.
2. Sichere Sparkonten mit staatlicher Einlagegarantie.
3. Recht aller StaatsbürgerInnen auf ein kostenloses Girokonto.
4. Servicefreundliche Abwicklung aller Bankdienstleistungen in einem flächendeckenden Filialnetz.
5. Kostengünstige Kredite an den Staat.

Demokratische Banken würden nicht Gewinne anstreben, sondern dem Gemeinwohl dienen. Sie gehen keine hohen Risiken ein und lassen die Finger von Aktien, Fonds und Derivaten. Sie machen keine Geschäfte in Steueroasen und wahren gegenüber dem Finanzamt kein Bankgeheimnis. Transparenz bei allen Geschäftsvorgängen schafft Vertrauen in die demokratische Bank.

Wichtiger Unterschied zu traditionellen „Staatsbanken“: Demokratische Banken sind von der Regierung unabhängig. Ihre Leitungsgremien kommen entweder durch unabhängige Bestellverfahren oder auf demokratische Weise

zustande: durch direkte Wahl oder per Wahl durch einen Bankenrat, der sich aus den Beschäftigten, den SparkundInnen und KreditnehmerInnen zusammensetzt. Die BankerInnen sind dem Souverän Rechenschaft schuldig und können jederzeit abgewählt werden.

Bei der Kreditvergabe wird nicht nur die ökonomische Bonität der Kreditwerber geprüft, sondern auch der soziale und ökologische Mehrwert der Investitionsvorhaben. Projekte mit dem höchsten sozialen und ökologischen Mehrwert erhalten die günstigen Konditionen bis hin zum Nullzinssatz. So bekämen zum Beispiel Initiativen für fairen Handel einen besonders günstigen Zugang zu Fremdkapital. Sollten Projekte, die sich unmittelbar nicht rentieren, einen hohen sozialen oder ökologischen Mehrwert generieren, erhalten sie von der Risikoabteilung „ökosoziales Risikokapital“. Die Refinanzierung der Demokratischen Bank erfolgt über die Spareinlagen: Diese wachsen im Verhältnis zur realen Wirtschaft – und damit zur realen Kreditnachfrage – seit Jahrzehnten ungebrochen, weshalb Geld als Kredit in immer größerem Ausmaß zur Verfügung steht. Letzter Anker bleibt wie bisher die Zentralbank.

Diese bringt auch eine wichtige Infrastruktur globaler Finanzmärkte unter ihre Kontrolle: die Abwicklung des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs. Derzeit laufen alle grenzüberschreitenden Kapitaltransfers über nur drei Clearingstellen in Belgien und Luxemburg. Es wäre ein Leichtes, auf die registrierten und vergewaltigten Transaktionen eine Steuer draufzuschlagen. Eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes erwartet sich von einer Finanztransaktionssteuer auf globaler Ebene jährliche Einnahmen von bis zu 1.000 Milliarden US-Dollar. Zum Vergleich: Die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe der OECD-Staaten betrug im Vorjahr 130 Milliarden US-Dollar.

Parallel zum Aufbau demokratischer Banken müssten die spekulativen und riskanten Segmente und Akteure der globalen Finanzmärkte rückgebaut und geschlossen werden. Dann müssten auch die Reichen ihr Geld bei der „Demokratischen Bank“ deponieren, was diese Geldmassen nicht nur in sinnvollere Verwendungen leiten, sondern auch eine wichtige Voraussetzung für die Besteuerung dieses Reichtums schaffen würde.

#### *4. Welche Regulierung bräuchten die Finanzmärkte?*

Sollten die Finanzmärkte auf die Demokratische Bank reduziert werden, braucht es die Mehrheit der folgenden Regulierungsvorschläge nicht. Solange es die „Demokratische Bank“ nicht gibt, braucht es sie jedenfalls.

#### 4.1. Globale Finanzmarktaufsicht

Wenn die Regierungen einen globalen Finanzmarkt herstellen, müssen sie diesen auch global regulieren und beaufsichtigen. Logischste Institution wäre eine globale Finanzmarktaufsicht, welche „systemrelevante“ Institute bzw. solche an der Schwelle zur Systemrelevanz zerschlagen, gegenüber den Banken strengere Eigenkapitalvorschriften durchsetzen sowie den Schattenbankensektor schließen kann, indem sie die Banken zwingt, alle Geschäfte in die Bilanz aufzunehmen. Die G20 haben eine solche Behörde mit dem „Financial Stability Board“ leise angedacht, jedoch noch keine genaueren Angaben über dessen Kompetenzen und Sanktionsmöglichkeiten definiert.<sup>6</sup> Viel weiter geht der Vorschlag der „Stiglitz-Kommission“, des Expertengremiums der UNO zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Ihr Bericht spricht wörtlich von einer „Global Financial Authority“ und zusätzlich von der Kontrolle des Kapitalverkehrs.<sup>7</sup>

In jedem Fall sollte die EU eine solche Behörde schaffen. Es ist symptomatisch für die gegenwärtigen Machtverhältnisse, dass es eine Europäische Zentralbank und eine Einheitswährung gibt, aber ein viel weniger ehrgeiziges Projekt, die Bankenaufsicht, nicht – selbst in der Krise nicht. Vorgesehen ist lediglich die bessere Koordinierung der nationalen Aufsichtsbehörden sowie ein „Warn-dienst“, dessen Empfehlungen jedoch unverbindlich bleiben. Stellen Sie sich vor, die Leitzinsempfehlungen der Zentralbank wären unverbindlich ...

#### 4.2. Finanztransaktionen besteuern und Steueroasen trocken legen

Derzeit laufen sämtliche Finanztransaktionen über nur drei (!) private Clearingstellen in Belgien und Luxemburg. Um grenzüberschreitende Kapitaltransaktionen zu besteuern, bräuchten die Clearingstellen lediglich die Steuer auf die schon jetzt bei jeder Transaktion abgebuchte Gebühr draufschlagen. Da alle Banken bei Clearingstellen Konten einrichten müssen, wäre es ein leichtes, Steueroasen trocken zu legen, indem Geldinstitute, die auf Steueroasen sitzen, kein Konto bei den Clearing-Banken mehr erhalten. Aus beiden Gründen – Transaktionssteuer und Kontovergabe – wäre es sinnvoll, den grenzüberschreitenden Kapitalverkehr unter öffentliche Kontrolle zu bringen, um einen effektiven Machthebel in der Hand zu haben: Finanzinstitute oder Länder, die sich den Regeln der globalen Finanzmarktaufsicht nicht unterwerfen, werden vom Zugang zum global freien

6 G20, London Summit – Leader’s Statement, 2. April 2009.

7 Stiglitz, Joseph E. u.a., Report of the Commission of Experts of the President of the United Nations General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System, Zwischenbericht (Anfang Juni 2009) für die UN-Konferenz am 24.–26. Juni 2009.

Kapitalverkehr abgeschnitten. Dann würden im Nu alle mitmachen. Hierzu noch ein Gedanke: Erpressung war in den letzten 20 Jahren an der Tagesordnung: durch eine Minderheit von Globalisierungsgewinnern: Sie sagten: Wenn ihr die Löhne anhebt oder Umweltschutzmaßnahmen überlegt oder auch nur Steuern von uns verlangt, dann hauen wir ab. Abgehauen ist aber – wenn überhaupt – nur der Konzernsitz, aber selten alle Geschäftsstellen geschweige denn das Interesse am jeweiligen Markt. Und hier müsste die Gegenerpressung genauso selbstverständlich formuliert werden: Ihr dürft ruhig abhauen in Länder, wo ihr keine Steuern zahlen braucht, die Menschenrechte verletzen oder Hungerlöhne zahlen könnt; nur lassen wir Euch dann nicht mehr auf unseren Markt. Eine Demokratie darf sich nicht von einzelnen mächtigen Mitgliedern erpressen lassen.

#### *4.3. Weltreservewährung statt Dollar-Hegemonie*

Aus dem System von Bretton Woods ist der Weltwirtschaft eine „Altlast“ geblieben: Die Rolle des US-Dollars als Weltleitwährung. Für die USA stellt das ein enormes Privileg dar, denn sie können sich auf Kosten aller anderen verschulden und Öl in der eigenen Währung kaufen. Alle anderen Länder haben einen entsprechenden Nachteil, denn sie müssen, bevor sie Öl und andere strategische Rohstoffe kaufen können, US-Dollars kaufen, was den Kurs des Dollars stabilisiert. Und die USA können sich nur aufgrund dieser Leitwährungsfunktion über alle Maßen verschulden – Stichwort Handelsdefizit mit China – und gegebenenfalls entschulden, indem sie den Dollar inflationieren und damit ihre Schulden entwerten.

Eine faire Alternative wäre, dass eine Weltreserve- oder Handelswährung geschaffen wird, die sich aus allen wichtigen Weltwährungen (oder Rohstoffen) zusammensetzt, wie sie John Maynard Keynes schon 1944 in Bretton Woods vorschlug (er konnte sich aber nicht gegen die USA durchsetzen). Alle Länder würden ihre nationalen Währungen beibehalten und die Wechselkurse zur Handelswährung gemeinsam festsetzen und mithilfe der Notenbanken verteidigen. Je nach realwirtschaftlicher Entwicklung können die Landeswährungen kontrolliert auf- und abwerten, damit wäre das System nicht nur stabil, sondern auch flexibel. Exporteure hätten Planungssicherheit und geringere Kosten, die „Gegenwetten“ durch Hedge-Fonds auf den Devisenderivatmärkten wären nicht mehr nötig. Während sich die politischen Eliten der EU über diese brandaktuelle Idee von John Maynard Keynes in Stillschweigen üben, macht sich nun die UN-Expertenkommission zur Lösung der Finanzkrise dafür stark.

#### 4.4. Zulassungspflicht für Derivate

Kein Wirtschaftsbereich explodiert schneller als die Derivate. 1980 gab es rund 100 Optionsscheine, heute sind es 30.000.<sup>8</sup> Das Volumen der abgeschlossenen Derivatverträge betrug 2007 das Zehnfache der Weltwirtschaftsleistung: eine halbe Billion (!) US-Dollar.<sup>9</sup> Der Multimilliardär Warren Buffet bezeichnet Derivate als „finanzielle Massenvernichtungswaffen“. Es ist völlig unverständlich, dass Medikamente vor der Marktzulassung ganz selbstverständlich geprüft werden, „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ hingegen nicht. Die Finanzmarktaufsicht muss alle neuen Finanzprodukte vor der Marktzulassung prüfen und genehmigen. Schon im Umlauf gebrachte Produkte müssen ebenfalls überprüft und bei Gefahr aus dem Verkehr gezogen werden.

#### 4.5. Fonds abschaffen

Eine EU-weite Fondsrichtlinie sollte allen Fonds Publizitäts-, Anlage-, Kreditaufnahme- und Steuerregeln vorgeben. Außerdem müssen Ausplünderungsschranken festgelegt werden: Fonds dürfen die Kaufkredite nicht den übernommenen Unternehmen aufschultern, nicht mehr als einen bestimmten Prozentsatz des Gewinns abschöpfen und das Eigenkapital nicht unter eine definierte Schwelle abpumpen. Wer sich nicht an diese Regeln hält, erhält keinen Zutritt zum EU-Binnenmarkt. Noch besser wären globale Regeln.

Bei tieferer Betrachtung sollten Finanzfonds jedoch generell verboten werden, um Geld zu entmachten. Fonds, die Geld sammeln, machen dies in der Regel, um Profite zu erzielen und üben dabei eine zu große Macht aus. Sie wandeln Geld von einem Mittel in einen Machthebel, und das sollte prinzipiell untersagt werden. Die demokratischen Banken sollten das ohnehin in immer größerem Maße vorhandene Spargeld in Kredite umwandeln und alle „realen“ Finanzierungsbedarfe decken und Unternehmen, die sozialen und ökologischen Mehrwert schaffen, das nötige Kreditgeld kostengünstig, kostenlos oder sogar gegen einen negativen Zinssatz leihen.

#### 4.6. Shareholdervalue brechen

Die Macht der Aktionäre muss beschnitten werden. Ich finde Unternehmensformen, in denen sich das Mitbestimmungsrecht nach Kapitalstärke ergibt, prinzipiell ineffizient und undemokratisch, weil selten die Menschen mit dem meisten

8 Financial Times Deutschland, 16. September 2003.

9 Bank für Internationalen Zahlungsausgleich: BIS Quarterly Review, März 2009.

Kapital die besten Ideen, die größte soziale Kompetenz und die größte ökologische Umsicht an den Tag legen. Die Unternehmensform der Aktiengesellschaft sollte deshalb von demokratischeren und sozial wie ökologisch sensibleren Rechtsformen abgelöst werden. Dennoch gäbe es auch hier einige Mindeststandards, um wenigstens die schlimmsten Auswüchse des Shareholdervalue, der Gewinnmaximierung zugunsten der Aktienbesitzer, einzudämmen:

a. Die *Managergehälter* müssen vom Aktienkurs entkoppelt und Aktienoptionen verboten werden. Stattdessen sollte ein Teil des Einkommens an soziale und ökologische Erfolgsindikatoren gekoppelt werden. So wird das Eigeninteresse der Vorstände von der kurzfristigen Kurspflege auf das Gemeinwohl verlagert.

b. Um die *Eigentümer*, die derzeit Aktien durchschnittlich nur noch zehn Monate halten, zur langfristigen Verantwortung anzuhalten, sollte das Stimmrecht bei Aktien an Mindesthaltedauern gekoppelt werden, zum Beispiel zehn Jahre. Die Wiedereinführung von Börsenumsatzsteuern (als Teil einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer) würde ebenfalls das Halten von Aktien gegenüber dem Handeln begünstigen. Und die volle Besteuerung der Kursgewinne – möglich durch ihre automatische Meldung an das Finanzamt – wäre ein dritter Hebel „to marry investors to their assets“, wie es schon John Maynard Keynes einmahnte. Die wirkungsvollste Maßnahme zur Stärkung der Eigentümergeverantwortung in Aktiengesellschaften wäre die Haftung der Aktionäre mit ihrem gesamten Privatvermögen. Die Vollhaftung der Aktionäre wurde in Großbritannien 1856 – gegen heftigen Widerstand – und in den US-Bundesstaaten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts abgeschafft.<sup>10</sup> Manch historischer Fehler muss einfach rückgängig gemacht werden.

c. Schließlich bräuchte es ein Mitbestimmungsrecht der *Beschäftigten* bei schicksalhaften Unternehmensentscheidungen: Wenn es um die Schließung des Standortes (bei Gewinnlage), um Standortverlagerung oder Massenpersonalabbau geht, sollten diejenigen, die oft länger im Unternehmen Mitverantwortung getragen und zur Wertschöpfung beigetragen haben als die aktuell entscheidenden Vorstände und Aktionäre zusammen, ein Mitspracherecht erhalten. Dieses Recht könnte auch VertreterInnen der Standortregion und zukünftigen Generationen eingeräumt werden. Eine Aktiengesellschaft ist eine hochkomplexe Organisation mit zahlreichen Betroffenengruppen. Es widerspricht dem Prinzip der Demokratie, dass die Eigentümer alles alleine befehlen dürfen, egal, wie wenige sie sind und wie lange sie im Unternehmen verbleiben.

Die Umsetzung all dieser Maßnahmen scheitert an den gegenwärtigen Machtverhältnissen. Die ökonomischen Eliten haben die politischen Parteien und Institutionen sowie die Medien fest im Griff, sodass die vorgeschlagenen Regulierungsmaßnahmen, auch wenn sie breit mehrheitsfähig sind (zum Beispiel

10 Bakan, Joel, *The Corporation. The Pathological Pursuit of Profit and Power*, New York 2005, 13.

wünscht eine große Mehrheit die Schließung von Steueroasen) nicht zu erwarten sind.

Der aus meiner Sicht wichtigste Einzelgrund für die Übernahme des politischen und demokratischen Systems durch die ökonomischen Eliten ist, dass das Recht auf Eigentum absolut gilt und keiner Grenze unterliegt. Dadurch konnten die Reichsten im Verhältnis zu allen anderen nicht nur unermesslich reich, sondern auch politisch mächtig werden. Aufgrund der Absolutstellung hat das Recht auf Eigentum die Demokratie untergraben und in wichtigen Bereichen bereits ausgeschaltet.

### 5. Negative Rückkoppelungen

Eine zentrale Voraussetzung für die Wiederherstellung der Demokratie ist daher die Begrenzung der Einkommens- und Vermögensungleichheit und die damit einhergehende relative Begrenzung von ökonomischer und politischer Macht. Ich nenne diese Grenzen „negative Rückkoppelungen“. In der Systemtheorie werden Systeme, in denen sich systemimmanente Tendenzen verstärken, als „positiv rückgekoppelt“ und solche, in denen sich Tendenzen gegenseitig aufheben, als „negativ rückgekoppelt“ bezeichnet. Positiv rückgekoppelte Systeme zerstören sich früher oder später selbst, sie explodieren oder kollabieren, während nur negativ rückgekoppelte Systeme stabil bleiben und lebensfähig sind. Der Kapitalismus ist ein typisches positiv rückgekoppeltes System, weil mit zunehmendem Reichtum das weitere Reichwerden immer leichter wird anstatt schwieriger. Um ihn vor der Selbstzerstörung zu bewahren, braucht der Kapitalismus „negative Rückkoppelungen“. Das weitere Reichwerden sollte mit zunehmendem Reichtum immer schwieriger werden, und an einem bestimmten Punkt muss gänzlich Schluss sein. Die wichtigsten negativen Rückkoppelungen sind:

- Die Begrenzung der Einkommensungleichheiten, z.B. durch die Festlegung der Höchsteinkommen mit dem 20-fachen der gesetzlichen Mindestlöhne.
- Die Begrenzung der Privatvermögen, z.B. mit zehn Millionen Euro, inklusive Anteile an Unternehmen.
- Die Begrenzung der Größe von Unternehmen, z.B. durch strengere Kartellgesetze oder/und die automatische Vergesellschaftung mit zunehmender Größe.

Die relative Begrenzung des Rechts auf Eigentum und der Einkommens- und Vermögensunterschiede entspricht dem Prinzip der Gewaltentrennung. Dieses besagt im Kern, dass in einer Demokratie niemand im Verhältnis zu anderen zu mächtig werden darf. Ergo muss heute verhindert werden, dass die einen im Verhältnis zu den anderen zu reich und mächtig werden.

## 6. Neue Werte für die Wirtschaft

Eigentum untergräbt im Übermaß nicht nur die Demokratie, es macht auch gar nicht glücklich. Studien zeigen, dass oberhalb von 100.000 bis 300.000 US-Dollar Jahreseinkommen kein Zusammenhang zwischen einem noch höheren Einkommen und mehr Lebenszufriedenheit feststellbar ist.<sup>11</sup>

Die aktuelle Krise ist eine große Chance, das Privateigentum und die damit verbundenen kapitalistischen Werte grundsätzlich zu hinterfragen und etwas Neues anzudenken.

Die grundlegende Anreizstruktur der kapitalistischen Marktwirtschaft ist die Kombination aus Gewinnstreben und Konkurrenz. Aus dieser Kombination erhofft sich die Mainstream-Ökonomie immer noch Effizienz und Wohlstand. Bei näherer Betrachtung fördert jedoch die Anreizkombination aus Gewinnstreben und Konkurrenz die genau gegenteiligen Verhalten und Werte gegenüber denen, die unsere zwischenmenschlichen Beziehungen gelingen lassen: Unsere Beziehungen gelingen, wenn wir auf Vertrauensbildung, Kooperation, Solidarität, Wahrung der Würde und gegenseitige Hilfe setzen. Die Anreizkombination aus Gewinnstreben und Konkurrenz fördert dagegen Egoismus, Gier, Geiz, Rücksichts- und Verantwortungslosigkeit. Das Gesetz fördert die falschen Werte.

Und es baut überdies auf Mythen auf: Die Ökonomen haben für ihre Grundannahme, dass Wettbewerb zu größtmöglicher Leistung führe, nie den wissenschaftlichen Beweis angetreten. Hingegen zeigen neun von zehn humanwissenschaftlichen Studien, dass nicht Konkurrenz „die effizienteste Strategie ist, die wir kennen“ (Friedrich A. Hayek<sup>12</sup>), sondern Kooperation. Der Grund: Kooperation beruht auf Wertschätzung, Aufmerksamkeit und Anerkennung: das, was Menschen laut neuesten neurobiologischen Erkenntnissen am stärksten motiviert. Die Konkurrenz motiviert dagegen negativ: mit Angst, was zu Druck und Stress führt.

Meine Schlussfolgerung: Gewinnstreben und Konkurrenz sind die falsche Anreizkombination für die individuellen wirtschaftlichen Akteure. Sie führen nicht, wie von Adam Smith bis Milton Friedman fest behauptet, zum größtmöglichen Gemeinwohl, sondern zur Auflösung des sozialen Zusammenhalts, zur Verhinderung von Vertrauensbildung, Empathie und Mitgefühl. Schlussendlich, weil alle zuerst ihren eigenen Vorteil anstreben, zu Hunger, Krisen und Krieg.

Deshalb sollten wir die Anreizstruktur für die Wirtschaftsakteure „umpolen“: Finanzgewinn sollte nicht mehr das zentrale Ziel von Unternehmen sein, da seine Zunahme den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand genauso gut mindern

11 Kasser, Tim u.a., Some costs of American corporate capitalism: A psychological exploration of value and goal conflicts, in: *Psychological Inquiry* 18 (2007) 1–22.

12 Hayek, Friedrich August v., *Der Weg zur Knechtschaft*, Deutsche Reader's-Digest-Ausgabe, Wien 2004, 22.

wie mehren kann: Finanzgewinn ist eine aussageschwache Kategorie. Stattdessen sollten alle Unternehmen (und nicht nur ein Teil wie heute) vom Gesetzgeber auf das Gemeinwohl verpflichtet werden.

Was ist das Gemeinwohl und wie wird es ermittelt? Die meisten Menschen wünschen sich von Unternehmen soziale Verantwortung, ökologisch nachhaltiges Werteschaffen, innerbetriebliche Demokratie sowie Solidarität mit allen Berufsgruppen. Diese Werte werden schon jetzt in den „Nebenbilanzen“ wie Umweltbilanz, Nachhaltigkeitsbericht oder Verhaltenskodex evaluiert und gemessen. Wenn sie zum neuen Hauptziel von Unternehmen und zur neuen Bedeutung von unternehmerischem Erfolg werden sollen, was ich vorschlage, müssen sie konsequenterweise in der neuen Hauptbilanz der Unternehmen gemessen werden: in der Gemeinwohbilanz.

Voraussetzung dafür ist, dass ein möglichst breiter demokratischer Prozess, vielleicht ein „Wirtschaftskonvent“, die wichtigsten Kriterien für das Gemeinwohl und betriebliche Gemeinwohbilanzen ermittelt. Sodann müsste der Gesetzgeber die Unternehmen zur permanenten Verbesserung ihrer Gemeinwohbilanzen anreizen. Je konsequenter ein Unternehmen die dem Gemeinwohl dienenden Werte lebt und die Gemeinwohlkriterien erfüllt, je „erfolgreicher“ es sich im Sinne sozialer und ökologischer Verantwortung verhält, desto spürbarer sollte es dafür rechtlich in Vorteil gestellt werden. Wer z.B.:

- zwei Menschen mit besonderen Bedürfnissen pro 50 Beschäftigte einstellt statt nur einen,
- für gleichen Arbeitseinsatz gleichen Lohn bezahlt,
- gleich viele Frauen in den Führungsgremien hat wie Männer,
- den Zulieferbetrieben mehr als den gesetzlichen Mindestlohn bezahlt,
- 100 Prozent der Vorprodukte aus der Region bezieht,
- Know-how freiwillig an die Mit-Unternehmen weitergibt,
- offen kalkuliert,

erhält eine ganze Reihe von rechtlichen Vorteilen, z.B.:

- einen günstigeren Steuersatz,
- einen niedrigeren Zoll-Tarif (z.B. Fairer Handel),
- einen günstigeren Kredit von öffentlichen Banken,
- Vorrang beim öffentlichen Einkauf,
- Forschungsk Kooperation mit öffentlichen Universitäten.

Die meisten dieser gesetzlichen Anreizinstrumente für Unternehmen gibt es schon heute. In Zukunft sollten wir sie systematisch für diejenigen Verhaltensformen einsetzen, die sich die Mehrheit der Gesellschaft von den Unternehmen wünscht. Die Folgen für das Wirtschaften wären revolutionär. Hier nur die drei wichtigsten:

1. Da Finanzgewinn nicht mehr das Ziel von Unternehmen ist, ist auch Wachstum kein sinnvolles und nötiges Ziel mehr. Unternehmen können endlich ihre sinnvolle und „optimale“ Größe anstreben. Derzeit ist Wachstum für viele

Unternehmen Zwang, weil sie damit ihre Gewinne erhöhen und sich vor der Übernahme durch die Konkurrenz schützen können. Doch die Angst, vom anderen gefressen zu werden, erübrigt sich, weil die Konkurrenz ebenfalls nicht mehr finanzgewinnorientiert agiert. Die kapitalistische Systemdynamik erlischt: Alle sind vom Wachstums- und Fresszwang erlöst!

2. Wir würden uns dem annähern, was „Konkurrenz“ im Lateinischen bedeutet: nicht gegeneinander antreten, sondern „miteinander laufen“ („concurrere“). Das lässt sich viel treffender mit „Kooperation“ übersetzen. Was wir heute beschönigend als „Konkurrenz“ bezeichnen, würde im Lateinischen korrekt als „Kontrakurrenz“ wiedergegeben. In der vorgeschlagenen Wirtschaftsform würde aus der heutigen Vernichtungskonkurrenz im schlechtesten Fall friedliche Koexistenz und im besten (weil gesetzlich belohnt) aktive Kooperation.

3. Heute können Menschen mit den edelsten Zielsetzungen Unternehmen gründen: ein Beitrag zum allgemeinen Wohl, ein Produkt edelster Qualität, eine Innovation, die allen nützt. Doch durchsetzen werden sich aufgrund der Systemdynamik – der Anreizstruktur aus Gewinnstreben und Kontrakurrenz – tendenziell egoistische, gierige, geizige, verantwortungs- und rücksichtslose Charaktere. Das ist ein fataler Selektionsmechanismus. „Polen“ wir die Systemdynamik von „Eigennutzmaximierung und Konkurrenz“ auf „Gemeinwohlstreben und Kooperation“ um, würde die neue Systemdynamik sozial verantwortliche und kompetente, zu Mitgefühl und ökologischer Empathie fähige Menschen in Vorteil stellen und „kulturell selektieren“.

Diese „Umpolung“ des Rechtsrahmens für das Wirtschaften wäre eine neue Form des Wirtschaftens: eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus. Und ein solcher Systemwandel wird nicht über Nacht kommen, auch wenn ihn sich die Mehrheit der Menschen wünscht. Voraussetzung ist der Aufbau einer breiten sozialen Bewegung über die Grenzen von Parteien, Staaten und Konfessionen. Wenn einer einen Traum hat, bleibt es ein Traum. Doch wenn viele ihn träumen und sich aktiv dafür einsetzen, dann kann er Wirklichkeit werden.

## 7. Was kann ich tun?

Derzeit unternehmen die meisten Menschen nichts, weil sie glauben, dass ihr Engagement ohnehin nichts bewirken würde. Doch wenn alle, die nichts tun, weil sie sie an die eigene Ohnmacht glauben, doch mithelfen würden, hätten wir schon morgen eine andere Welt. Hier abschließend noch einige „Handgriffe“ oder Schritte, die jede und jeder machen kann.

1. Offensein, Hinschauen, Verbundensein, Spüren: Nehmen Sie das, was passiert, bewusst und mit allen Sinnen wahr, schauen Sie nicht weg, verschließen Sie sich nicht, flüchten Sie nicht. Allein diese Haltung – Anteilnahme am

Weltgeschehen – kann dieses beeinflussen und verändern, oder zumindest Sie selbst.

2. Kritischer Medienkonsum: Bilden Sie sich ihre eigene Meinung. Seien Sie kritisch gegenüber den Massenmedien, hinterfragen Sie jede Information, die auf Sie zukommt. Organisieren Sie sich selbst qualitative und alternative Informationen. Probieren Sie einmal im Monat eine neue Zeitung/Zeitschrift. Besuchen Sie einmal in der Woche eine alternative Website. Beziehen Sie den Attac-Newsletter.

3. Diskutieren Sie mit Freunden, Verwandten, Nachbarn beim Einkauf über politische Fragen, die Sie bewegen und die Ihnen durch Kopf und Herz gehen. Bleiben Sie gelassen und geduldig, aber bestimmt und offen.

4. Verändern Sie Ihr Konsumverhalten: bio, saisonal, nah, fair usw. Der tägliche Einkauf ist zwar kein Ersatz für die demokratische „polis“, aber eine gewisse Wirkung lässt sich erzielen. Wenn ich Rad fahre und öffentlich anstatt mit Auto und Flugzeug; wenn ich bio und regional einkaufe statt industriell und global, wenn ich ethisch investiere statt in einen Hochrenditefonds, verändere ich die Welt ein wenig mit.

5. Organisieren Sie sich: Werden Sie Mitglied bei Attac oder bei anderen Umwelt-, Sozial-, Demokratie oder Solidaritätsbewegungen. Diese sozialen Bewegungen haben nur ein so großes politisches Gewicht, wie sie auf Mitglieder verweisen können. Werden Sie noch besser selbst aktiv und engagieren Sie sich in einer Gruppe oder gründen Sie mit anderen Menschen eine Attac-Regionalgruppe.

6. Entwickeln Sie selbst Bausteine einer anderen Welt. Eröffnen Sie einen Weltladen, bauen Sie einen Windpark, gründen Sie eine Ethikbank oder eine alternative Schule. Diese Projekte sind nicht darauf angewiesen, dass die neue Welt schon da ist und dass die Regierung Sie unterstützt, Sie erschaffen damit selbst eine neue Welt – und wirken als Vorbild auf andere. Alle Zukunftsprojekte wurden von mutigen und visionären Personen, die nicht an die eigene Ohnmacht glaubten, umgesetzt.

7. Für mehr Demokratie streiten: Viele der vorgeschlagenen Maßnahmen wären zwar mehrheitsfähig, sie scheitern jedoch daran, dass der „Souverän“ gar nicht so souverän ist, wie er klingt. Denn er darf weder Gesetze initiieren noch von seiner Vertretung verabschiedete Gesetze zurückweisen. Neben der repräsentativen Demokratie fehlen fast überall Elemente der direkten Demokratie – und der partizipativen Demokratie, zum Beispiel in demokratischen Unternehmen („Allmenden“) wie Bahn, Post oder Bank.

8. Nichtgewinnorientiert wirtschaften: Um „reif“ zu werden für eine andere Welt, in der es nicht um Geld und Profit geht, können wir schon heute und hier Wirtschaftsformen einüben, in denen es nicht um Gewinn geht. Verstärken Sie Tauschkreise, ehrenamtliche Arbeit oder Unternehmen, die keinen Gewinn anstreben, sondern dem Gemeinwohl dienen. Reflektieren Sie, welche Ihrer

Bedürfnisse Sie über den Markt gegen Geld und Profit befriedigen, welche ohne Profit und welche ganz ohne Markt und Geld.

9. Für gesamtgesellschaftliche Alternativen einsetzen: Auch wenn Sie sich punktuell für kleine Veränderungen einsetzen, sollten Sie über große Alternativen zumindest nachdenken und diskutieren. Denn so sehr wir uns auf den jeweiligen nächsten Schritt konzentrieren sollten, um diesen mit aller Aufmerksamkeit und Energie zu setzen, so sehr sollte unser Herz einer Sehnsucht oder unser Geist einer Vision folgen und wissen, wohin die Reise schlussendlich geht. Der Weg mag auch beim Gehen entstehen, aber es gibt ein letztes Motiv für die Reise, und über dieses sollte so frei wie möglich sinniert und diskutiert werden.

10. Kooperationsgruppen gründen: Um auf Schocks aller Art – vom Stromausfall bis zum Bürgerkrieg – gefasst und vorbereitet zu sein, können Sie sich in Gruppen aus 15 bis 25 Personen zusammenschließen, die wechselseitig für das materielle Überleben sorgen: Nahrung, Energie, Wohnung, Kleidung. Auch wenn keine Zusammenbrüche kommen, so haben die Mitglieder der Gruppe wertvollste sozialen Fähigkeiten gelernt: gegenseitig helfen, solidarisch sein, kooperieren.